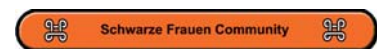


# Rechtliche Gleichstellung, Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt!

Maßnahmenkatalog der NGOs.  
Ein Beitrag zur Integrationsdebatte.



# Rechtliche Gleichstellung, Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt!

Maßnahmenkatalog der NGOs.  
Ein Beitrag zur Integrationsdebatte.

8,3 Millionen Menschen leben in Österreich. Ihre Verschiedenartigkeit hinsichtlich Alter, Weltanschauung, Lebensgeschichten, Interessen, Herkunft, Ethnizität, etc. ist zugleich eine Bereicherung wie eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Aufgabe der Politik ist, die geeigneten Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass alle zu einem gemeinsamen friedlichen Ganzen beitragen und diese Vielfalt als Ressource genutzt wird. Ebenso muss Integration, in ihrer Eigenschaft als gesamtgesellschaftlicher Prozess, als Querschnittsmaterie begriffen werden, die in verschiedenen Politikbereichen eine Rolle spielt.

Da es notwendig ist, auf ganz verschiedene Bereiche der Gesellschaft einzuwirken, braucht es für die Umsetzung und Koordinierung dieser Aufgabe ein zusammenhängendes Gesamtkonzept und die Schaffung eines eigenständigen Staatssekretariats. Um nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu entscheiden, muss die Beteiligung von MigrantInnen gewährleistet sein.

Integration braucht rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit aller BürgerInnen bei gleichzeitiger Wahrung und Förderung kultureller Vielfalt.

## RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG

Die rechtliche Gleichstellung ist die Basis für einen positiven Integrationsprozess und muss vom Staat garantiert und hergestellt werden. Neben gesetzlichen Regelungen geht es dabei auch um die Einräumung von Möglichkeiten zur politischen Partizipation, weil allen in Österreich lebenden Menschen die Möglichkeit zur Mitbestimmung gewährleistet werden muss.

- **Rechtliche Absicherung des Aufenthalt**  
Verbesserung bei Aufenthaltsverfestigung und Familienzusammenführung, Gesichertes Aufenthaltsrecht nach bestimmter Aufenthaltsdauer, Verbesserung des Niederlassungsrechts, Abschaffung der Integrationsvereinbarung.
- **Wahrung der Menschenrechte im Asyl- und Fremdenrecht**  
Wirksamer Rechtsschutz und unabhängige Rechtsberatung, Effektive Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt.
- **Vollständige Harmonisierung von Beschäftigung und Aufenthaltsrecht**
- **Schnellerer und erleichterter Zugang zur Staatsbürgerschaft**
- **Kommunales Wahlrecht**
- **Verbesserung des Diskriminierungsschutzes**

## CHANCENGLEICHHEIT

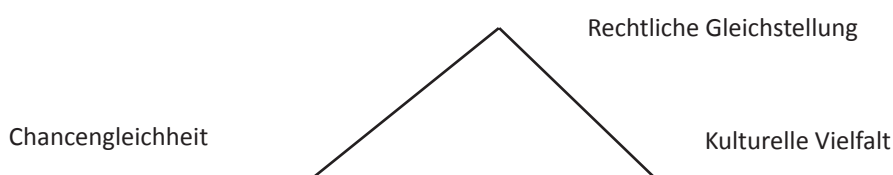
Alle in Österreich lebenden Menschen sollen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeit, sozialen Leistungen und Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs haben. Dies verlangt einerseits die Förderung von besonders benachteiligten Gruppen und andererseits das aktive Vorgehen gegen alle Formen von Diskriminierung.

- Staatlicher Aktionsplan gegen Diskriminierung
- Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten
- Flächendeckende adäquate Angebote zur Orientierung & zum Spracherwerb
- Weitere Öffnung im Bereich der sozialen Leistungen  
Anpassung der Grundversorgung an die Sozialhilfe, Verbesserter Zugang von MigrantInnen zur Sozialhilfe
- Maßnahmen im Bereich Wohnen  
Entwicklung von städteplanerischen Konzepten, Öffnung der Sozialwohnungen für MigrantInnen
- Schwerpunktprogramme zur Förderung von Frauen und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation
- Abschaffung von Bildungshürden für Kinder und Jugendliche mit migrantischem Hintergrund
- Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen

## WAHRUNG UND FÖRDERUNG DER KULTURELLEN VIELFALT

Die Vitalität einer Gesellschaft ist auch daran messbar, wie fähig sie ist, mit Unterschieden um zu gehen. In diesem Sinn gilt es, kulturelle Vielfalt als Potenzial für die gesamte Gesellschaft, zu bewahren und zu fördern.

- Bevölkerungsvielfalt muss sich in öffentlichen Institutionen und Einrichtungen auf allen Ebenen abbilden
- Interkulturelle Öffnung aller Institutionen und Einrichtungen
- Förderung von Mehrsprachigkeit auf allen Ebenen
- Förderung von Selbstorganisation von MigrantInnen
- Interkulturelle Kompetenz muss fixer Bestandteil der Aus- und Weiterbildung werden (von Schule über Sozialarbeit bis zur Ausbildung der ExekutivbeamtInnen)



Aus: Bernhard Perchinig. 2003. Einwanderung und Integrationspolitik in Europa. In: Interkulturelles Zentrum (Hrsg.) Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindeförderung.